

# Der Nahost-Konflikt

Eine Einführung

Bearbeitet von  
Margret Johannsen

4., aktualisierte Auflage 2017. Buch. VIII, 249 S. Softcover

ISBN 978 3 658 16087 6

Format (B x L): 13,1 x 19,7 cm

Gewicht: 279 g

[Weitere Fachgebiete > Geschichte > außereuropäische Länder und Regionen > Naher & Mittlerer Osten](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# 2

## Entstehung und Entwicklung des Konflikts

### 2.1 Konfliktregion Naher Osten

Der Nahe Osten ist eine Teilregion des Vorderen Orients. Eine verbindliche wissenschaftliche Übereinkunft darüber, welche Staaten zum Nahen Osten zu rechnen sind, gibt es nicht. Für die Zwecke dieses Überblicks wird eine enge Definition des Nahen Ostens, der Mashrek (arabisch für Osten), zugrunde gelegt. Zu ihm gehören Israel und die von ihm besetzten Palästinensischen Gebiete sowie seine arabischen Nachbarstaaten Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien.

Der Nahe Osten war nach dem Zweiten Weltkrieg Schauplatz sechs großer zwischenstaatlicher Kriege und einer Vielzahl bewaffneter Konflikte, die meisten mehr oder weniger eng mit dem Palästina-Konflikt verknüpft.

Hierbei geht es im Kern um folgendes Problem: Zwei Völker, Palästinenser und Juden, beanspruchen ein und denselben geographischen Raum als Territorium für ihre souveräne Herrschaft, wobei die Juden seit 1948 mit dem Staat Israel einen Nationalstaat auf einem Teil des Territoriums ihr Eigen nennen können, während die Palästinenser ihre nationalstaatlichen Ambitionen noch nicht vollends realisieren konnten. Als weitere Ausdrücke für den Nahost-Konflikt findet man „israelisch-arabischer Konflikt“ und, wenn es um dessen Kern geht, „Palästina-Konflikt“ oder „israelisch-palästinensischer Konflikt“.

## **2.2 Die Ursprünge des Konflikts zwischen Arabern und Juden um Palästina**

Der Beginn des Nahost-Konflikts lässt sich auf das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts datieren. Die erste Gewalttat könnte ein palästinensischer Hirte begangen haben, als er einen Stein gegen einen eingewanderten jüdischen Siedler warf, oder ein jüdischer Siedler, als er einen palästinensischen Hirten verprügelte, der seine Ziegen auf das Feld des Siedlers führte. Doch die Vorgeschichte des Nahost-Konflikts und damit das Arsenal, dessen sich beide Seiten zur Legitimation ihrer Ansprüche auf das umstrittene Land bedienen, ist viel älter.

### 2.2.1 Palästina: Einwandererland unter wechselnder Herrschaft

Seit dem Altertum war der Nahe Osten Ziel von Völkerwanderungen und Durchzugsland für die Heerzüge der Antike. Er erlebte eine wechselvolle Herrschaftsgeschichte.

- ⇒ Bereits seit der frühen Bronzezeit siedelten verschiedene Stämme aus dem Zweistromland auf dem Felsplateau des judäischen Hochlandes. Im dritten Jahrtausend v. Chr. wanderten die Kanaanäer ein und gaben dem Land seinen Namen Kanaan, der Bibelkundigen geläufig ist. Den Kanaanäern folgten im frühen zweiten Jahrtausend v. Chr. israelitische Nomaden, in der Bibel auch Hebräer genannt (Noth 1976<sup>8</sup>: 39 f.). Um 1200 v. Chr. drangen aus der Ägäis die seefahrenden Philister, von deren Namen das Wort Palästina abgeleitet ist, in das Land ein. Kanaanäer, Hebräer und Philister konkurrierten um Besitz bzw. Kontrolle des Landes.
- ⇒ Unter den Königen Saul und David schlossen sich die israelitischen Stämme gegen die Kanaanäer und Philister zusammen. 997 v. Chr. eroberte König David das ursprünglich kanaanitische Jerusalem. Er machte die Stadt zum politischen und religiösen Mittelpunkt seines Reiches. Unter der Herrschaft Davids und der seines Sohnes Salomo begannen sich die Kulturen der Kanaanäer, Philister und Israeliten zu vermischen. Durch Nomaden, die von der Arabischen Halbinsel einwanderten, flossen auch zahlreiche arabische Ele-

mente in die Kultur des Vielvölkerstaates ein. Nach König Salomos Tod 926 v. Chr. zerfiel das israelitische Reich. In Jerusalem und seinem Umland etablierte sich das Reich Judäa mit Jerusalem als Hauptstadt, das sich unter persischen und hellenistischen Königen innere Autonomie bewahren konnte. Seine Verwaltung wurde von einem aus Laien und Priestern zusammengesetzten Ältestenrat mit dem Hohenpriester als höchster Autorität ausgeübt. Das jüdische Siedlungsgebiet wurde kontinuierlich nach Norden erweitert und die jüdische Religion durch Missionare im gesamten Vorderen Orient und an der Mittelmeerküste verbreitet.

- ⇒ Politisch-religiöse Rivalitäten um das Amt des Hohenpriesters führten zum Eingreifen der Römer. 63 v. Chr. wurde Palästina von den Römern besetzt und nachfolgend in das Römische Reich eingegliedert. Jüdische Aufstände führten 70 n. Chr. zur Zerstörung des Tempels in Jerusalem durch die Römer und 135 zur Vertreibung bzw. Versklavung der jüdischen Oberschicht. Ihrer geistigen und politischen Eliten beraubt, konvertierte eine Minderheit der Judäer zum Christentum.
- ⇒ Im Verlauf der arabischen Eroberungszüge nach Westen wurde Palästina seit 634 von Arabern moslemischen Glaubens besiedelt. Die überwiegende Mehrheit der Judäer wurde islamisiert. Während des Hochmittelalters war Palästina Ziel christlicher Kreuzzüge und wurde vorübergehend von christlichen Kreuzfahrern erobert.
- ⇒ 1187 eroberte der Feldherr Saladin Jerusalem für den Islam zurück. Die in christliche Einrichtungen ver-

wandelten Heiligen Stätten wurden wieder moslemisch.

- ⇒ 1517 wurde Palästina dem Osmanischen Reich einverleibt. Als sich der Vielvölkerstaat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter dem Druck von Nationalbewegungen aufzulösen begann, entwickelte sich ein Konkurrenzkampf zwischen europäischen Mächten um Einfluss im Nahen Osten.

Bereits dieser kurze Blick in die Geschichte zeigt, dass Palästina stets ein konfliktreicher Landstrich an dieser Nahtstelle von Orient und Okzident war und sich für jüdische und muslimische bzw. für israelische und arabisch/palästinensische Rückgriffe auf die Geschichte als Legitimationsquelle von Politik vielerlei Anknüpfungspunkte bieten. Der moderne Konflikt um Palästina aber ist in seinen Wurzeln das Erbe europäischer Politik.

### **2.2.2 Der europäische Antisemitismus, der Zionismus und die jüdische Besiedlung Palästinas**

Die Quellen der modernen jüdischen Besiedlung Palästinas liegen im Nationalismus und aufkeimenden Antisemitismus des 19. Jahrhunderts. Seit den sechziger Jahren verbreitete sich unter jüdischen Intellektuellen die Vorstellung, „die Juden bildeten eine eigene Nation mit dem Recht auf einen eigenen Nationalstaat“ (Krämer 1991: 42). Sie war auch eine Antwort auf den wahrgenommenen Verlust jüdischer Identität im Zuge der As-

similation jüdischer Europäer (Amar-Dahl 2012: 12). Infolge des anwachsenden Antisemitismus fand die zionistische Bewegung, wie sich die jüdische Nationalbewegung seit den achtziger Jahren nannte, zunehmend Anhänger.

Der Antisemitismus kann auf eine lange Geschichte des Judenhasses zurückblicken. Im Judenhass mischen sich religiöse und wirtschaftliche Motive. Im christlichen Europa galten die Juden im Mittelalter als „Gottesmörder“. Die feudale Ständegesellschaft verwehrte ihnen den Zugang zur Landwirtschaft und zum Handwerk. Die Juden wurden erst auf den Handel und dann zunehmend auf das Zinsgeschäft abgedrängt und zogen sich als „jüdische Wucherer“ die Feindschaft aller Schichten der Bevölkerung zu. Im 12. Jahrhundert begann mit den Kreuzzügen eine Welle von Judenverfolgungen, in deren Folge die Juden nach und nach aus West- und Mitteleuropa vertrieben wurden. Sie suchten Zuflucht in den wirtschaftlich rückständigen Ländern Osteuropas. Im Zeitalter der Industrialisierung gewann der Antisemitismus weiter an Boden. Die Leidtragenden des Industrialisierungsprozesses, vor allem die kleinen Selbständigen in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, fanden für ihren sozialen Abstieg in den jüdischen Kaufleuten und Geldverleihern einen Sündenbock.

In der durch Wachstumskrisen gekennzeichneten ersten Phase der Hochindustrialisierung im Deutschen Reich des ausgehenden 19. Jahrhunderts begann sich der moderne Antisemitismus politisch zu organisieren und wurde überdies Teil einer Rassenideologie. Theodor Herzl, der Gründer der zionistischen Bewegung, gelangte

bereits in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu der Überzeugung, dass der Judenhass Vernunftgründen nicht zugänglich sei. Er zog daraus die Konsequenz, dass die Juden ihre Existenz langfristig nur durch die Errichtung eines eigenen Gemeinwesens würden sichern können.

*Auszug aus Theodor Herzls Buch „Der Judenstaat“ (1896):*

„Die Judenfrage besteht. Es wäre töricht, sie zu leugnen. Sie ist ein verschlepptes Stück Mittelalter, mit dem die Kulturvölker auch heute beim besten Willen noch nicht fertig werden konnten...

Ich halte die Judenfrage weder für eine soziale, noch für eine religiöse, wenn sie sich auch noch so und anders färbt. Sie ist eine nationale Frage, und um sie zu lösen, müssen wir sie vor allem zu einer politischen Weltfrage machen, die im Rate der Kulturvölker zu regeln sein wird...

Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man lässt es nicht zu... In unseren Vaterländern, in denen wir ja auch schon seit Jahrhunderten wohnen, werden wir als Fremdlinge ausgeschrien, oft von solchen, deren Geschlechter noch nicht im Lande waren, als unsere Väter da schon seufzten. Wer der Fremde im Lande ist, das kann die Mehrheit entscheiden; es ist eine Machtfrage, wie alles im Völkerverkehre...“

*(Aus: Theodor Herzl, Der Judenstaat, 6. Aufl., Köln o. J., S. 9f., 26f., unter: <http://www.menora.de/menorademo/frset.htm?http://www.menora.de/menorademo/01/mrdok.htm>)*

Auf ihrem Baseler Gründungskongress 1897 legte sich die Zionistische Organisation auf Palästina als Ort der „öffentlich-rechtlichen gesicherten Heimstätte“ für das jüdische Volk fest. Das zionistische Projekt strebte einen jüdischen Staat an, offen für das jüdische Volk, das aus der Diaspora in seine „Heimat“ geholt und zur Nation geformt werden sollte. Bis heute ist dies die „raison d'être“ des Staates Israel. Die nationalsozialistische Politik der Judenvernichtung gab der jüdischen Einwanderung dann eine derartige Schubkraft, dass es schließlich zur Gründung des Staates Israel auf dem Territorium Palästinas kam.

Die moderne jüdische Einwanderung nach Palästina begann 1882 und vollzog sich in Wellen (hebräisch *Alija*, auch *Aufstieg*). Mit der zweiten Einwanderungswelle (1904 bis 1914) begann die systematische Besiedlung des Landes, orientiert auf die Errichtung eines jüdischen Staates. Die Immigranten gründeten landwirtschaftliche Kommunen (hebr. *Kibbutz*) oder Genossenschaften (hebr. *Moschaw*) und errichteten jüdische Städte (z. B. *Tel Aviv*) und begannen mit dem Aufbau politischer und zivilgesellschaftlicher Institutionen wie Polizei, Militär, Justiz, Schulen, Banken, Parteien, Gewerkschaften etc.

Während des Ersten Weltkriegs machte Großbritannien der Zionistischen Organisation Hoffnung auf eine nationale Heimstätte für die Juden in Palästina. Damit war die Erwartung verbunden, einen verlässlichen Bündnispartner zur Sicherung der Verbindungen nach Indien zu gewinnen sowie mit Hilfe der russischen Juden ein Ausscheren Russlands aus dem Krieg gegen Deutschland verhindern zu können (Fromkin 2001: 295f.). Die Bal-

four-Erklärung von 1917, mit deren Umsetzung Großbritannien im Völkerbundsmandat für Palästina von 1920/1922 beauftragt wurde, enthielt bereits den Keim für die kommenden jüdisch-arabischen Auseinandersetzungen, denn von wirtschaftlichen, sozialen oder gar politischen Rechten der Araber war in keinem der beiden Dokumente die Rede.

*Brief des britischen Außenministers, Arthur James Balfour an Lord Rothschild, Oberhaupt des britischen Familienzweiges und Mitglied des Oberhauses (2. November 1917):*

„Mein lieber Lord Rothschild!

... Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden werde, dass nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte...

gez.: Arthur James Balfour“

*(Zitiert nach: Bundeszentrale für politische Bildung, Balfour-Erklärung, Ministerium des Äußeren, 2. November 1917, unter: <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45184/quellen?p=all>)*

Das bewusst vage gehaltene Versprechen – zum Beispiel taucht das Wort „Staat“ in der Erklärung nicht auf – gewann 1918 Substanz, als britische Truppen Palästina eroberten.

### **2.2.3 Die Entstehung der arabisch-palästinensischen Nationalbewegung**

Der Zionismus stieß in Palästina zunächst auf eine nur schwach ausgebildete einheimische Nationalbewegung. Unter osmanischer Herrschaft lag die gesellschaftliche und wirtschaftliche Macht überwiegend in den Händen arabischer Familien-Clans und Großgrundbesitzer, die ihr Land an Kleinbauern verpachteten. Ein nationales Bewusstsein war in der arabischen Bevölkerung Palästinas kaum vorhanden. In den größeren Städten des Nahen Ostens, vor allem in Damaskus und Beirut, war hingegen seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine national-arabische Bewegung entstanden. Sie richtete sich zunächst gegen die osmanische Fremdherrschaft und strebte einen vom Osmanischen Reich unabhängigen syrisch-arabischen Staat auf dem Territorium des Nahen Ostens an. Der erwachende arabische Nationalismus war zunächst nur unter einer Minderheit arabischer Intellektueller, Offiziere und großbürgerlicher Kräfte verbreitet und hatte mit den breiten Massen noch wenig Berührung.

England und Frankreich bedienten sich des erwachenden arabischen Nationalismus als Werkzeug zur Verfolgung ihrer kolonialen Interessen. Seit dem Eintritt der Türkei in den Ersten Weltkrieg an der Seite Deutsch-

lands und Österreich-Ungarns versuchte vor allem Großbritannien, die osmanischen Stellungen im arabischen Raum zu schwächen, indem es die Araber durch die Zusicherung nationaler Unabhängigkeit zum Krieg gegen die türkische Herrschaft mobilisierte (Fromkin 2001: 177 f.).

*Brief des britischen Hochkommissars in Ägypten, Sir Henry McMahon, an den Großscherifen Hussein von Mekka (24. Oktober 1915):*

„... Großbritannien (ist) bereit, die Unabhängigkeit der Araber ... anzuerkennen und zu unterstützen.

Ich bin davon überzeugt, dass diese Erklärung Sie zweifellos von der Sympathie überzeugt, die Großbritannien ihren arabischen Freunden entgegenbringt. Sie wird eine feste und dauerhafte Allianz begründen, deren sofortiges Ergebnis die Vertreibung der Türken aus arabischen Ländern und die Befreiung der arabischen Völker vom türkischen Joch sein wird, das so lange auf ihnen lastete.“

*(Zitiert nach: Bundeszentrale für politische Bildung, Der McMahon-Brief an Scherif Hussein von Mekka (1915), unter: <http://tinyurl.com/094lkge>)*

Die Hoffnungen der Araber auf einen unabhängigen arabischen Staat erfüllten sich jedoch nicht. Die Fremdherrschaft des türkischen Sultans wurde zwischen den beiden Weltkriegen durch eine europäische Fremdherrschaft ersetzt. Palästina wurde britisches Mandatsgebiet und blieb das Ziel jüdischer Einwanderung aus Europa.

In dieser neuen Lage setzten sich die palästinensischen Eliten, vor allem die privilegierten Familien von Jerusalem, an die Spitze des erwachenden arabischen Nationalismus. Dessen Motor bildete nach dem Untergang des Osmanischen Reiches nun allerdings der Widerstand gegen den britischen Kolonialismus und den anschwellenden Strom jüdischer Kolonisatoren – denn als solche wurden die Einwanderer betrachtet – nach Palästina.

### 2.2.4 Palästina während der Mandatszeit

1881, am Vorabend der jüdischen Einwanderung, lag die Einwohnerzahl Palästinas – ein Gebiet von 26 320 Quadratkilometern, kaum größer als das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern – bei nicht einmal einer halben Million. Rund 442 000 waren Araber (400 000 Muslime, 42 000 zumeist griechisch-orthodoxe Christen), 13 000 bis 20 000 waren Juden. Zu diesen kamen mehrere tausend jüdische Einwohner, die keine Bürger des Osmanischen Reiches waren. 1914, am Ende der zweiten Alija, lebten 722 000 Menschen auf dem Territorium Palästinas, davon 602 000 Muslime, 81 000 Christen und 39 000 Juden osmanischer Nationalität, zu denen etwa 20 000 Juden ausländischer Staatsangehörigkeit hinzuzuzählen sind. Die genaue Zahl der zu Beginn des Ersten Weltkriegs in Palästina lebenden Juden ist umstritten (Krämer 2002: 165 f.). Unter der britischen Mandats Herrschaft veränderte sich das Zahlenverhältnis zwischen Juden und Arabern dramatisch; bis 1945 stieg der Anteil der Juden an der Bevölkerung von zehn auf 33 Prozent an.

## Jüdische Einwanderung nach Palästina

Periode/ Jahr	Zahl der Einwanderer	Wichtigste Herkunftsländer
1882–1903	20 000–30 000 (1. Alijah)	Russland
1904–1914	35 000–40 000 (2. Alijah)	Russland, Polen
1919–1923	ca. 35 000 (3. Alijah)	Russland bzw. Sowjetunion, Polen
1924–1931	ca. 80 000 (4. Alijah)	Polen, Sowjetunion
1932–1938	ca. 200 000 (5. Alijah)	Polen, Deutschland
1939–1945	ca. 80 000	Polen, Deutschland, Rumänien Tschechoslowakei, Ungarn

(Johannes Glasneck/Angelika Timm, Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Bonn 1994, 2. Auflage, S. 326)

Seit den 1920er Jahren kam es zwischen den Immigranten und der einheimischen Bevölkerung wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die dreijährige „Arabische Revolte“ 1936–1939 gegen die britische Kolonialherrschaft und die zionistische Einwanderung, aber auch gegen die eigenen Feudalherren, wurde von der Mandatsmacht blutig niedergeschlagen (Segev 2001: 415–443). Im Einsatz von 25 000 Soldaten zur Unterdrückung der Rebellion zeigte sich die Abhängigkeit der jüdischen Kolonisierung von der britischen Kolonialmacht, die der palästinensischen Nationalbewegung eine entscheidende Niederlage zufügte, von der sie sich noch nicht erholt hatte, als die Teilung Palästinas auf die internationale Agenda kam (Khalidi 2001).

Die beiden nationalen Gemeinschaften in Palästina

schiene unveröhnlich. Diese Einschätzung kam u. a. in dem Bericht einer britischen Palästina-Kommission, dem „Peel-Bericht“, aus dem Jahre 1937 zum Ausdruck:

„Ein unüberwindlicher Konflikt hat sich zwischen zwei nationalen Gemeinschaften innerhalb der engen Grenzen eines kleinen Landes erhoben. Ungefähr eine Million Araber stehen in offenem oder latentem Kampf mit 400 000 Juden. Es gibt keine gemeinsame Grundlage zwischen ihnen...

Araber und Juden könnten möglicherweise lernen, zusammen in Palästina zu leben und zu arbeiten, wenn sie eine echte Anstrengung machen wollten, ihre nationalen Ideale miteinander zu versöhnen und zu verbinden und so mit der Zeit eine gemeinsame oder doppelte Staatsbürgerschaft aufzubauen. Aber hierzu sind sie nicht imstande. Der Krieg und seine Folgen haben alle Araber mit der Hoffnung erfüllt, in einer freien und geeinten arabischen Welt die Traditionen des arabischen goldenen Zeitalters wieder zu beleben. In gleicher Weise sind die Juden von ihrer historischen Vergangenheit erfüllt. Sie wollen zeigen, was die jüdische Nation leisten kann, wenn sie wieder in das Land der Väter zurückversetzt ist. Daher scheidet eine nationale Assimilierung zwischen Arabern und Juden aus...

Diese Verschärfung des Konflikts wird voranschreiten. Die trennende Macht der Umstände in Palästina wächst von Jahr zu Jahr.“

*(Aus dem Bericht über Palästina – erstattet durch die Britische Königliche Palästina-Kommission unter dem Vorsitz von Earl Peel, Berlin 1937, <https://unispal.un.org/pdfs/Cmd5479.pdf>, Übersetzung MJ)*

Zugleich entstand eine jüdische Untergrundbewegung, die sich nicht nur an der Niederschlagung des arabischen Aufstands beteiligte, sondern ab 1939 auch die britische Mandatsmacht bekämpfte, als diese am Vorabend des Zweiten Weltkriegs die Einwanderung nach Palästina zu begrenzen suchte, um im Kampf gegen Deutschland und Italien die Araber auf ihre Seite zu ziehen. Der Mandatsmacht entglitt die Kontrolle über den Konflikt. Unter dem Druck der Ereignisse kündigte Großbritannien am 18. Februar 1947 an, es werde das Mandat für Palästina an die Vereinten Nationen, die Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, zurückgeben.

### **2.2.5 Der Teilungsplan der UNO und die Gründung des Staates Israel**

Zur Lösung des Palästina-Problems bildete die UNO den Sonderausschuss für Palästina (UNSCOP). Er empfahl mehrheitlich die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat sowie die Internationalisierung Jerusalems – die Idee eines bi-nationalen Staates war nicht mehrheitsfähig. Die UN-Vollversammlung folgte dem Mehrheitsvorschlag zur Teilung des Landes am 29. November 1947 in ihrer Resolution 181 mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit.

Nach der Verabschiedung der Teilungsresolution flohen etwa 300 000 Palästinenser aus den dem künftigen jüdischen Staat zugesprochenen Gebieten. Die Truppen des vorstaatlichen jüdischen Gemeinwesens, einschließlich einiger terroristischer Spezialeinheiten, und die

## Der UN-Teilungsplan von 1947

	qkm	Anteil an der Gesamtfläche	jüdische Bewohner	arabische Bewohner
Arabischer Staat	11 600	42,88 %	9 520	740 010
Jüdischer Staat	15 100	56,47 %	499 020	509 780
Internationale Zone von Je- rusalem	176	0,65 %	99 960	150 540

(Quelle: Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, Berlin 1984, S. 145.)

Furcht vor Massakern wie dem in Deir Yassin am 9. April 1948, bei dem etwa hundert unbewaffnete Dorfbewohner den Tod fanden, trieben sie in die Flucht (Pappé 2007).

Die arabischen Staaten lehnten den Teilungsplan mit der Begründung ab, die UNO habe nicht das Recht, über die Zukunft Palästinas gegen den Willen der dort lebenden arabischen Mehrheit zu entscheiden. Die Juden hingegen nahmen den Teilungsplan an, weil er ihnen einen eigenen Staat mit breiter internationaler Anerkennung in Aussicht stellte, der zudem erweiterungsfähig schien, und proklamierten am 14. Mai 1948, dem Tag des britischen Abzugs, den Staat Israel. Mit der israelischen Staatsproklamation endete die vorstaatliche Phase des Palästina-Konflikts. Als mehrere arabische Staaten am folgenden Tag militärisch intervenierten, begann die zweite, nunmehr zwischenstaatliche Phase des Palästina-Konflikts, der sich damit zum israelisch-arabischen Konflikt ausweitete.

## 2.3 Die großen israelisch-arabischen Kriege

Israel hat seine staatliche Existenz im Nahen Osten in sechs großen zwischenstaatlichen Kriegen behaupten können. Zugleich signalisierten die wiederholten Waffengänge sowie die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Kriegen, dass eine Befriedung des Konflikts nur auf der Grundlage des territorialen Status quo zwischen Israel und den arabischen Staaten sowie eines territorialen Kompromisses zwischen Israel und den Palästinensern möglich sein würde.

### 2.3.1 Der erste Nahost-Krieg 1948/49

Der erste Nahost-Krieg begann am 15. Mai 1948 mit einem Angriff Ägyptens, Syriens, Libanons, Transjordanien und des Irak auf den am Tag zuvor für unabhängig erklärten Staat Israel. Die angreifenden arabischen Staaten verfolgten das Ziel, den bedrängten Palästinensern zu Hilfe zu kommen und die Staatsgründung Israels rückgängig zu machen. Die Kampfhandlungen dauerten bis zum 7. Januar 1949. Der Krieg endete mit einem klaren Sieg Israels über die schlecht ausgerüsteten und unzureichend koordinierten arabischen Armeen. Es gelang Israel, das ihm im UNO-Teilungsplan zugesprochene Staatsgebiet von 15 100 Quadratkilometern auf 20 766 Quadratkilometer bzw. 78 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebietes Palästina zu vergrößern.

In vier Waffenstillstandsabkommen mit den unmit-

telbaren Anrainerstaaten Ägypten, Libanon, Transjordanien und Syrien wurden auf der Basis der militärischen Ergebnisse die Grenzlinien („Green Line“) des israelischen Staatsgebietes festgelegt, die de facto bis zum Vorabend des Sechstage-Krieges 1967 bestanden. Die Waffenstillstandsabkommen legten de jure keine dauerhaften Grenzen fest. Dies blieb künftigen Friedensverträgen überlassen.

Die arabische Niederlage wirkte als Katalysator für gesellschaftlich-politische Umbrüche in der Region: In Syrien putschten Offiziere 1949 gegen die Regierung der jungen Republik; das Land erlebte danach viele Jahre politischer Instabilität. Der jordanische König Abdallah I. wurde 1951 in der Jerusalemer Al-Aqsa-Moschee von einem nationalistischen Palästinenser ermordet. In Ägypten stürzten Offiziere 1952 den König und riefen 1953 die Republik aus. Nur im Irak hielt sich das von Großbritannien installierte Königtum zehn weitere Jahre, bis 1958 auch hier Offiziere putschten und der Irak zur Republik wurde.

Zu dem von der UNO vorgeschlagenen arabischen Teilstaat in Palästina kam es nicht. Der Gazastreifen fiel unter ägyptische Verwaltung. Das Westjordanland (auch englisch „West Bank“ genannt) wurde von Transjordanien besetzt, das sich 1949 in Jordanien umbenannte und das Westjordanland 1950 annektierte. Jerusalem wurde geteilt. Der Westteil der Stadt wurde israelisch, der Ostteil einschließlich der Jerusalemer Altstadt mit bedeutenden jüdischen und islamischen sowie christlichen Heiligtümern jordanisch.

Im Zuge der bewaffneten Auseinandersetzungen vor

## Karten 1 und 2



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von PASSIA.

und nach der israelischen Staatsgründung kam es nach UNO-Angaben zur Vertreibung und Flucht von 726 000 palästinensischen Arabern. Die meisten von ihnen flohen in das Westjordanland, in den Gazastreifen und in die angrenzenden arabischen Staaten. In Israel blieben nur 150 000 bis 160 000. Die meisten palästinensischen Dörfer wurden zerstört. Der Krieg, in Israel auch „Unabhängigkeitskrieg“ genannt, hat sich im Gedächtnis des palästinensischen Volkes als „Nakba“ (= Katastrophe) eingepägt. Seine Folgen dauern bis heute an; von der Neuordnung der Welt nach 1945 auf der Basis des nationalen Selbstbestimmungsrechts blieben die Palästinenser bis heute ausgenommen.

### 2.3.2 Der zweite Nahost-Krieg 1956

Im zweiten israelisch-arabischen Krieg, auch „Suez-Krieg“, „Sinai-Feldzug“ oder „Trilaterale Aggression“ genannt, ging es nur am Rande um israelisch-palästinensische Streitfragen. Israel beteiligte sich an diesem Krieg mit expansionistischer Zielsetzung, um zusammen mit den Noch-Kolonialmächten England und Frankreich den Nahen Osten neu zu ordnen und dabei sein Staatsgebiet zu erweitern (Shlaim 2001: 178). Er fand allerdings vor dem Hintergrund erhöhter israelisch-ägyptischer Spannungen statt, zu denen das Bemühen des ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser, sich als Führer des Panarabismus zu präsentieren, beitrug. Seit 1955 ermutigte Nasser die palästinensischen Guerillakämpfer (Fedayin), vom Gazastreifen aus Israel an-

zugreifen; 1955 blockierte Ägypten die Straße von Tiran, Israels Zugang zum Roten Meer; 1956 schließlich nationalisierte Ägypten den Suezkanal, der sich im Besitz der Suezkanal-Gesellschaft (einer Aktiengesellschaft mit britischer und französischer Mehrheitsbeteiligung) befand.

Als Großbritannien und Frankreich daraufhin die Kanalzone bombardierten und britische und französische Streitkräfte am 31. Oktober 1956 bei Port Said landeten, um die Verstaatlichung des Suezkanals rückgängig zu machen, nutzte Israel diese Gelegenheit, in den Sinai einzumarschieren. Die israelischen Truppen waren militärisch erfolgreich. Sie besetzten den Gazastreifen und die Halbinsel Sinai und erzwangen die Öffnung der Straße von Tiran. Doch die Sowjetunion und die USA schalteten die Vereinten Nationen ein, setzten einen Waffenstillstand durch und zwangen Israel, Großbritannien und Frankreich, sich trotz ihrer militärischen Erfolge zurückzuziehen. Im Dezember 1956 verließ Israel gegen die Garantie freier Schifffahrt im Golf von Aqaba/Eilat die Sinai-Halbinsel, im März 1957 den Gazastreifen. Hier wie dort wurden UN-Truppen stationiert.

### **2.3.3 Der dritte Nahost-Krieg 1967**

Der dritte israelisch-arabische Krieg, in Israel und im Westen als „Sechstage-Krieg“ und in den arabischen Ländern als „Juni-Krieg“ bezeichnet, entwickelte sich aus einer nicht mehr kontrollierbaren Kriseneskalation. Zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn herrschte tiefes Misstrauen. Kein arabischer Staat hatte Israel bis-

her anerkannt. Grenzzwischenfälle, in denen es um die Kontrolle der Wasserressourcen ging, und Sabotageakte palästinensischer Fedayin hatten seit 1964 die Spannungen vor allem zwischen Israel und Syrien angeheizt.

Der Krieg begann am 5. Juni 1967 mit einem israelischen Präventivschlag. Seit Herbst 1966 hatten Ägypten und Syrien einen Propagandafeldzug gegen Israel geführt und im November einen Beistandspakt geschlossen. Am 14. Mai 1967 mobilisierte Ägypten seine Truppen, am 19. Mai begann auf Ersuchen Ägyptens der Abzug der UN-Truppen vom Sinai mit Hauptquartier in Gaza, am 22. Mai sperrte Ägypten die Straße von Tiran für israelische Schiffe und Schiffe mit „strategischer“ Ladung (z. B. Öl) für Israel. Ägyptische, jordanische und syrische, irakische und saudi-arabische Truppen marschierten an den israelischen Grenzlinien auf.

Dem befürchteten Angriff der arabischen Truppen kam Israel zuvor. In einem Überraschungscoup zerstörte Israel am 5. Juni 1967 fast die gesamte ägyptische und syrische Luftwaffe und eroberte dann in sechs Tagen den Gazastreifen und die Sinai-Halbinsel, das Westjordanland und Ost-Jerusalem sowie die Golan-Höhen. Der Sechstage-Krieg führte zu einer wesentlichen Erweiterung des von Israel kontrollierten Territoriums und zu militärstrategisch vorteilhafteren Grenzen.

In Israel wurde der Kriegsausgang vielfach als Zeichen der Unbesiegbarkeit der israelischen Streitkräfte interpretiert; national-religiöse Kreise deuteten ihn als Zeichen, dass das von Gott verheißene Land nunmehr bis zum Jordan unter jüdische Kontrolle zu bringen sei. Aber mit Israels Sieg begannen auch Probleme, die bis heute

nicht gelöst sind. Denn obwohl der UN-Sicherheitsrat die Unzulässigkeit kriegerischen Gebietserwerbs bekräftigte, hielt Israel an dem eroberten Territorium fest und wurde zur Besatzungsmacht.

*Aus der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates vom 22. November 1967:*

„Der Sicherheitsrat

– hebt die Unzulässigkeit der Gebietserwerbung durch Krieg und die Notwendigkeit der Arbeit für einen gerechten und dauerhaften Frieden hervor, der jedem Staat der Region erlaubt, in Frieden zu leben;

1. bekräftigt, dass die Erfüllung der in der Charta niedergelegten Grundsätze die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten verlangt, der die Anwendung der beiden folgenden Grundsätze einschließt;

(i) Abzug der israelischen Streitkräfte aus (den) Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden<sup>1</sup>;

(ii) Beendigung jedes erklärten oder tatsächlichen Kriegszustands und Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und politischen Unabhängig-

1 Anmerkung: Im englischen Text heißt es unter 1.(i) (übersetzt): „Abzug der israelischen Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden...“. Im französischen Text heißt es (übersetzt): „Abzug der israelischen Streitkräfte aus *den* Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden...“. In einem geheimen Memorandum stellten die beiden Vetomächte USA und Großbritannien fest, dass Resolution 242 an der ägyptischen und syrischen Front als vollständiger Rückzug zu den Grenzlinien vom 4. Juni 1967 zu interpretieren sei.

**Karte 3** Israelisch kontrollierte Territorien nach dem Sechstage-Krieg/Juni-Krieg 1967



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Mideastweb.

keit eines jeden Staates in der Region sowie seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Gewaltandrohung und -anwendung zu leben.“

*(United Nations, Security Council, S/RES/242, 22. November 1967. Zitiert nach: Europa-Archiv, Folge 24/1969, S. D578–D579)*

Die herausragende Bedeutung von Resolution 242 ist das aus ihr abgeleitete Prinzip „Land für Frieden“: Der Rückzug Israels aus den eroberten und besetzten Gebieten und das Recht aller Staaten der Region auf ein Leben in sicheren Grenzen bedingen einander. Mit der Eroberung des Westjordanlandes sowie Ost-Jerusalems und des Gazastreifens kamen 800 000 bis 900 000 Palästinenser unter israelische Besatzung. Die Zahl der unter israelischer Herrschaft lebenden Araber erhöhte sich dadurch schlagartig auf über 1,3 Millionen. Damit war zwar die vor der Staatsgründung bestehende koloniale Situation zwischen Israel und den Palästinensern wiederhergestellt, zugleich aber das Format für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts geschaffen. Denn jetzt verfügte Israel über ein Pfand, das es im Tausch für die Anerkennung seines Existenzrechts und seiner Sicherheit anbieten konnte (Elon 2002: 82). Doch dieser „historische Kompromiss“ ist bis heute nicht umgesetzt.

### 2.3.4 Der vierte Nahost-Krieg 1973

Den vierten Nahost-Krieg, auch „Oktoberkrieg“ oder „Yom-Kippur-Krieg“ genannt, brach der ägyptische Staatspräsident Anwar Sadat vom Zaun, um die ungelöste Besatzungssituation auf der Sinai-Halbinsel wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen und das 1967 verlorengegangene Territorium auf dem Verhandlungswege zurückzuerlangen. Der syrische Präsident Hafis al-Assad hingegen spekulierte darauf, die Golan-Höhen zurückzuerobern. Der Krieg begann am 6. Oktober 1973, am Tag des höchsten jüdischen Feiertags Yom Kippur, mit einem Überraschungsangriff. Ägypten besetzte das Ostufer des Suezkanals, Syrien startete eine Offensive im Golan. An allen Fronten entbrannte eine ungeheure Materialschlacht. Die Sowjetunion schickte über eine Luftbrücke Waffen nach Syrien und Ägypten, die Vereinigten Staaten organisierten Lufttransporte nach Israel und unterstützten es mit Satellitenbildern über den ägyptischen Aufmarsch. Nach Anfangserfolgen Ägyptens und Syriens ging Israel an beiden Fronten in die Offensive und machte über die Grenzen von 1967 hinaus Geländegewinne. Der Krieg, den die Waffenlieferungen der Supermächte zunächst gespeist hatten, wurde durch deren Intervention beendet. In Anbetracht der Gefahr einer direkten Konfrontation der atomar bewaffneten Supermächte (Quandt 2001: 122) erzwangen die USA einen Waffenstillstand zwischen Israel und Ägypten, dem sich Syrien anschloss. Am 26. Oktober 1973 waren die Kampfhandlungen beendet. 1974 zog Israel seine Truppen im Süden und Norden wieder auf die Vorkriegsstel-

lungen zurück. In Sinai wurde bis 1979 eine bewaffnete UN-Einsatztruppe (United Nations Emergency Force, UNEF) stationiert, auf dem Golan eine von UN-Besatzern (United Nations Disengagement Observer Force, UNDOF) kontrollierte Pufferzone eingerichtet.

Das Kalkül von Präsident Sadat ging auf. Unter Vermittlung des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter führten die Verhandlungen zunächst im Abkommen von Camp David vom September 1978 zu einem „Rahmenwerk für den Frieden im Nahen Osten“. Das Camp David-Abkommen mündete am 26. März 1979 in einen Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten. Ägypten erhielt die Sinai-Halbinsel und damit auch seine Ölfelder etappenweise bis April 1982 zurück, die dortigen israelischen Siedlungen wurden geräumt. Mit diesem Vertrag war der israelisch-arabische Konflikt als kriegsträchtiger Gesamtkonflikt beendet. Der ägyptisch-israelische Separatfrieden führte allerdings zu einer langjährigen Isolation Ägyptens in der arabischen Welt und kostete überdies den ägyptischen Präsidenten das Leben. Er fiel während einer Militärparade am 6. Oktober 1981, dem 8. Jahrestag des Kriegsbeginns, dem Attentat eines islamischen Fanatikers zum Opfer.

### **2.3.5 Der fünfte Nahost-Krieg 1982**

Der fünfte Nahost-Krieg war ein Krieg Israels gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO. Ihm waren schwere Auseinandersetzungen zwischen der Besatzungsmacht im Westjordanland und den dort lebenden

Palästinensern vorausgegangen. Israel hatte nach dem Regierungswechsel 1977, bei dem erstmals die national-konservative Likud-Partei die Regierungsverantwortung übernahm, die Besiedlung der besetzten Gebiete forciert. Erklärtes Ziel der israelischen Regierung war es, durch eine Zerstückelung insbesondere des Westjordanlandes die Entstehung eines unabhängigen und lebensfähigen Staates Palästina zu verhindern. Parallel zu dieser Siedlungsstrategie wurden palästinensische Bürgermeister mit Deportation bedroht, wenn sie nicht mit den israelischen Besatzern kooperierten. Hinzu kam wirtschaftlicher Druck. Städten und Dörfern in den besetzten Gebieten wurde verboten, Hilfgelder aus arabischen Solidaritätsfonds anzunehmen. Als im März 1982 an vielen Orten des Westjordanlandes offener Aufruhr ausbrach, beschloss Israel, die PLO militärisch zu zerschlagen.

Die Kämpfer der PLO, die ihr Hauptquartier 1971 unter jordanischem Druck von Amman nach Beirut verlegt hatte, hatten seither vom Libanon aus Guerillaoperationen gegen Israel unternommen. Israel hatte seinerseits bereits mehrfach PLO-Stellungen im nördlichen Nachbarland angegriffen, somit die Spannungen in dem multikonfessionellen Staat verschärft und so zum Ausbruch des libanesischen Bürgerkriegs beigetragen (vgl. Kap. 4.2.1.3). Am 6. Juni 1982 begann mit der Operation „Frieden für Galiläa“ der israelische Einmarsch in den Libanon. Israel rückte mit 60 000 Soldaten auf Beirut vor, und verhängte eine fast zweimonatige Blockade. Während der Belagerung massakrierten christliche Milizen, die mit der PLO seit Jahren in blutige Auseinandersetzungen verwickelt waren, unter den Augen der is-

raelischen Armee die Bewohner der palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Schatila; dem Massaker fielen nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 700 und 3 500 unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder zum Opfer. Nach wochenlangen Dauerbombardements vermittelten die USA einen Abzug der PLO, die ihr Hauptquartier aus Beirut nach Tunis verlegte. Israel zog sich 1985 offiziell aus dem Libanon zurück, richtete aber im Süden des Landes eine „Sicherheitszone“ ein, um Angriffe auf den Norden Israels zu verhindern, installierte dort eine „Südlibanesisch-Armee“ (SLA) genannte Miliz und beanspruchte über Küste, Gewässern und Luftraum absolute Bewegungsfreiheit.

Der Libanon-Krieg 1982 war der erste Krieg Israels, der auf massive Kritik im eigenen Lande stieß. Hunderttausende israelischer Bürger demonstrierten gegen diesen Feldzug, der nach ihrer Auffassung Israel nicht aufgezwungen worden war. Der damalige israelische Verteidigungsminister Ariel Scharon musste wegen der Massaker von Sabra und Schatila von seinem Amt zurücktreten.

Die „Sicherheitszone“ verfehlte ihren Zweck. Palästinensische Milizen sickerten in den folgenden Jahren erneut in den Südlibanon ein und setzten ihren Kampf fort; darüber hinaus war den israelischen Streitkräften während des Feldzugs ein weiterer Gegner, die libanesisch-schiitische Hisbollah (= Partei Gottes) erwachsen, die es sich zum Ziel setzte, die israelischen Truppen aus dem Südlibanon zu vertreiben. Die andauernde Weigerung Israels, der Resolution 425 (1978) des UN-Sicherheitsrats Folge zu leisten und aus dem Libanon abzuziehen (vgl. Kap. 4.2.1.3), ermöglichte es der Hisbollah, ihre

Angriffe als Widerstand gegen die israelischen Besatzer zu legitimieren. Erstmals im Nahostkonflikt setzten schiitische Attentäter gegen das israelische Militär ihr Leben als Waffe ein – eine Gewaltform, die im Nahen Osten „Märtyreroperation“ heißt, während im westlichen Kulturkreis der Begriff des „Selbstmordattentats“ gängig ist (Rosiny 2010: 214 f.). Kommandounternehmen der sich professionalisierenden Milizionäre und größere Militäroperationen bis hin zu massiven Angriffen der israelischen Luftwaffe – 1993 von Ministerpräsident Yitzhak Rabin angeordnet die Operation „Abrechnung“, 1996 von Ministerpräsident Shimon Peres angeordnet die Operation „Früchte des Zorns“ – bestimmten weiterhin die militärische Lage. Die massiven israelischen Vergeltungsschläge führten zur Solidarisierung der lokalen Bevölkerung mit dem „Islamischen Widerstand“ (Rosiny 2012a: 174 f.).

Israel hatten die Besetzung libanesischen Territoriums und die mehrfachen militärischen Operationen die Gelegenheit geboten, unter realen Bedingungen neue Waffensysteme zu testen (Kirchner 2016: 190). Doch der militärische Nutzen wurde aufgewogen durch beträchtliche Verluste Israels in der „Sicherheitszone“. Die militärische Präsenz Israels im Südlibanon wurde schließlich so unpopulär, dass der Kandidat der Arbeitspartei für das Amt des Ministerpräsidenten Ehud Barak die Wahlen 1999 mit dem Versprechen gewann, die Armee aus dem Südlibanon abzuziehen. Am 24. Mai 2000 räumte Israel die „Sicherheitszone“. Die Hisbollah verbuchte den Abzug der israelischen Armee als Sieg ihres bewaffneten Widerstands.

### 2.3.6 Der sechste Nahost-Krieg 2006

Im sechsten Nahost-Krieg im Sommer 2006, der in Israel „Zweiter Libanonkrieg“, in den arabischen Staaten „Juli-Krieg“ oder „33-Tage-Krieg“ heißt, unternahm Israel den Versuch, die libanesische Hisbollah militärisch zu entmachten (vgl. Kap. 4.2.1.3).

Auch nach dem Rückzug Israels aus der südlibanesischen „Sicherheitszone“ waren Grenzverletzungen an der Tagesordnung. Vordergründig ging es hierbei um die so genannten Shebaa-Farmen, ein wasserreiches Gebiet von 25 Quadratkilometern am Fuße des Berges Hermon im Golangebirge, das Israel 1967 im Sechstage-Krieg besetzt hatte. Seine völkerrechtliche Zuordnung ist umstritten: Der Libanon beansprucht die Shebaa-Farmen als Teil seines Territoriums und forderte deren Räumung. Israel hingegen betrachtet die Sheeba Farmen als syrisches Territorium und hatte sie mit dieser Begründung im Zuge seines Abzugs vom Südlibanon im Jahr 2000 nicht geräumt. Darüber hinaus verlangte die libanesische Regierung, die ständigen Verletzungen libanesischen Luft-raums durch israelische Kampfflugzeuge zu beenden, ihr eine Karte mit den Minenfeldern auszuhändigen, die Israel im Lande hinterlassen hatte, und die libanesischen Gefangenen aus israelischer Haft zu entlassen. Israel entgegnete auf diese Liste von Beschwerden und Forderungen, die libanesische Regierung habe dafür zu sorgen, dass vom Südlibanon aus nicht länger Angriffe auf Israel erfolgten.

Aus diesen Streitfragen leitete die Hisbollah ihren Sonderstatus als Widerstandsorganisation des Libanon

ab und nahm das Recht für sich in Anspruch, Waffen zu tragen (Rosiny 2012a: 178). Zwar waren die Parteien des libanesischen Bürgerkrieges einschließlich der Hisbollah bereits 1989 im Frieden von Taif übereingekommen, alle Milizen zu entwaffnen und aufzulösen; der UN-Sicherheitsrat hatte sich in Resolution 1559 (2004) hinter diese Vereinbarung gestellt. Der libanesischen Regierung, in der auch die Hisbollah vertreten war, gelang die Aushandlung der Entwaffnungsmodalitäten und der Stationierung regulärer libanesischer Truppen im Süden des Landes aber nicht.

In einer stillschweigenden Übereinkunft betrachteten die Hisbollah und Israel die umstrittenen Shebaa-Farmen als einen legitimen Schauplatz begrenzter Gewaltakte. Als die Hisbollah jedoch am 12. Juli 2006 eine im Grenzgebiet operierende israelische Patrouille überfiel und zwei Soldaten gefangen nahm, löste sie eine massive militärische Operation Israels aus. Israel verhängte eine See- und Luftblockade über den Nachbarstaat, flog Luftangriffe auf Ziele im gesamten Libanon und setzte im Südlibanon Bodentruppen ein. Die Hisbollah beschoss Orte im Norden Israels mit Raketen.

Es fragt sich, warum der eher nichtige Anlass einen Krieg auslösen konnte, der möglicherweise durch Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch hätte vermieden werden können. Aber es stand für Israel mehr auf dem Spiel als das Schicksal von zwei Soldaten. Die Militäroperation gegen den Libanon sollte Israel erklärtermaßen dazu verhelfen, die Hisbollah militärisch handlungsunfähig zu machen und ihre Verankerung in der Bevölkerung zu untergraben. Außenpolitisch be-

zweckte Israel zudem eine Schwächung Irans, der als Sponsor der Hisbollah galt und dem deren militärische Kapazitäten als Instrument zur Abschreckung eines Angriffs Israels oder der USA auf die iranischen Nuklearanlagen dienten. Schließlich hoffte die israelische Regierung, ein Sieg über die Hisbollah werde das Projekt einer „Trennung“ von den Palästinensern absichern, nachdem Israel 2005 den Gazastreifen geräumt hatte (vgl. Kap. 4.1.2). Das Projekt war in Israel nicht unumstritten und die Gegner eines unilateralen Abzugs ohne ausgehandelte Gegenleistungen schienen Recht zu behalten, als der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen anhielt und ein palästinensisches Kommando im Juni 2006 einen Soldaten in seine Gewalt brachte, um einen Gefangenenaustausch zu erzwingen. Als sich wenig später ein vergleichbarer Vorgang im Grenzgebiet zum Libanon wiederholte, schlug Israel im Vertrauen auf die eigene militärische Stärke mit Übermaß zurück.

Dass die Hisbollah diese Reaktion kalkuliert hatte, ist fraglich. Um bei der eigenen Klientel und der arabischen Öffentlichkeit zu punkten, hätte ihr ein Gefangenenaustausch, wie es ihn in der Vergangenheit bereits öfter gegeben hatte, vermutlich vollauf genügt. Es ist anzunehmen, dass sich die Hisbollah-Führung diesmal verkalkuliert hatte. Wieder einmal war der Libanon zum Schauplatz eines Stellvertreterkrieges geworden. Bis zum Waffenstillstand am 14. August 2006 kostete der Krieg 1400 Menschen das Leben, die meisten von ihnen libanesische Zivilisten, trieb eineinhalb Millionen Menschen in die Flucht, verursachte direkte Schäden in Höhe von acht Milliarden US-Dollar und hinterließ im

Libanon eine große Zahl von Blindgängern, die aus den von Israel eingesetzten Streubomben stammen.

Beide Seiten erklärten sich zu Siegern. Treffender wäre indes, von Fehleinschätzungen auf beiden Seiten zu sprechen. Der populäre Generalsekretär der Hisbollah Hassan Nasrallah hatte nach eigenem Bekunden nicht mit einer so massiven israelischen Reaktion auf die Entführungsaktion gerechnet. Die Hisbollah sah sich angesichts der enormen Zerstörungen im Land genötigt, mit Wiederaufbauarbeit und Sozialhilfe für Obdachlose den erlittenen Imageschaden so gering wie möglich zu halten. Auf der anderen Seite gelang es Israel nicht, die Hisbollah entscheidend zu schwächen. Sie konnte mit Hilfe Irans und Syriens ihr Arsenal an Kurzstreckenwaffen binnen weniger Jahre wieder auffüllen und stellt bis heute einen bedeutenden Machtfaktor im politischen System des Libanon dar. Ihren bewaffneten Arm versteht sie erklärtermaßen nicht als Konkurrenz zur libanesischen Armee, sondern als Ergänzung, um die Abschreckungsfähigkeit des libanesischen Staats gegenüber Israel zu gewährleisten (Rosiny 2012a: 179). In ihrer militärischen Unterstützung der syrischen Armee im benachbarten Bürgerkrieg hat sie ihre Transformation zu einer voll entwickelten Armee mit besonderen Fähigkeiten der Kriegführung in Städten (*urban warfare*) unter Beweis gestellt.

## 2.4 Der palästinensische Widerstand zwischen Gewaltlosigkeit und bewaffnetem Befreiungskampf

Die verheerende Niederlage der arabischen Staaten im Sechstage-Krieg 1967 machte den Palästinensern klar, dass sie für die Verwirklichung nationaler Selbstbestimmung eine eigene politische Organisation benötigten. Sie machten die 1964 von der Arabischen Liga gegründete und von Ägypten gesteuerte Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zu einem von ihnen kontrollierten Instrument für die Vertretung und Durchsetzung ihrer Interessen.

Die PLO ist die Dachorganisation einer Reihe von säkular ausgerichteten palästinensischen Widerstandsgruppen. Die mit Abstand größte und tonangebende Gruppe ist die „Bewegung zur Befreiung Palästinas“ (Fatah), die Yassir Arafat mit anderen Palästinensern 1958/59 in Kuwait gegründet hatte, um nach dem Vorbild der Algerischen Befreiungsfront für die Befreiung Palästinas zu kämpfen und dort einen eigenen Staat zu errichten (Baumgarten 1991: 149). Arafat wurde 1969 zum Vorsitzenden der PLO gewählt und blieb dies bis zu seinem Tod im November 2004. Unter dem Dach der PLO entwickelten die verschiedenen Widerstandsgruppen eine Vielzahl von Strategien im Dienste der nationalen Selbstbestimmung der Palästinenser und konkurrierten dabei auch um Popularität unter der Bevölkerung der besetzten Gebiete.

### 2.4.1 Gewalt und Diplomatie

Die PLO organisierte den Widerstand gegen die Besatzung bzw. für die Befreiung Palästinas vom Exil aus – ihre Führung residierte erst in Jordanien, dann im Libanon und später in Tunesien. Einige Widerstandsgruppen vertraten das Konzept einer Befreiung von ganz Palästina, infolgedessen einer Zerstörung Israels. Was aus der jüdischen Bevölkerung werden sollte, blieb offen. In der Fatah hingegen warb Arafat für die Alternative eines palästinensischen Kleinstaates auf dem Territorium der besetzten Gebiete Westjordanland und Gazastreifen mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt.

Nach dem Sechstage-Krieg versuchte die PLO zunächst mit Sabotageakten und Überfällen auf Institutionen der Besatzungsmacht und deren Personal einen palästinensischen „Volkskrieg“ gegen Israel zu entfachen. Nach dem Scheitern dieser Strategie gingen radikale Widerstandsgruppen in der PLO weltweit zu Terroraktionen gegen israelische Staatsbürger und Einrichtungen im Ausland über, z. B. in München 1972 mit der Geiselnahme der israelischen Olympiamannschaft durch das Kommando „Schwarzer September“. 1974 beschloss die Fatah, die besetzten Gebiete in den Mittelpunkt ihrer politisch-organisatorischen Arbeit zu stellen, hielt allerdings an der populären Rhetorik des bewaffneten Kampfes fest. In ihrem Programm von 1974 gab die PLO dieser Doppelstrategie Ausdruck:

„Die PLO kämpft mit allen Mitteln – für die Befreiung des palästinensischen Landes und die Etablierung einer unabhän-

gigen und kämpfenden nationalen Autorität des Volkes auf jedem Stück befreiten palästinensischen Landes.“

*(Zitiert nach: Helga Baumgarten, Arafat. Zwischen Kampf und Diplomatie, München 2002, S. 81)*

Die UNO ermutigte den pragmatischen Kurs Arafats, als sie die PLO 1974 als offizielle Vertretung der Palästinenser anerkannte und ihr als weltweit einziger Befreiungsorganisation Beobachterstatus in der UNO zuerkannte. 1988 war die Zwei-Staaten-Option in der PLO mehrheitsfähig geworden.

## **2.4.2 Ziviler Widerstand und Selbstorganisation**

Parallel zur Gewaltoption bildeten sich Anfang der 1970er Jahre breite gewaltlose Bewegungen, die mit Demonstrationen, Streiks, Boykotts etc. Widerstand gegen die Besatzung leisteten. Anders als palästinensische Terrorakte fanden diese „klassischen“ gewaltfreien Kampagnen allerdings international kaum Beachtung. Die erste Widerstandswelle beantwortete Israel 1973 mit der Deportation ihrer Führungskräfte. Bei der nächsten Welle des zivilen Ungehorsams, die 1976 mit Steuerstreiks begann, übernahm die PLO die Organisation und verlieh ihr damit Dauer. Um dem Druck der Besatzung standhalten zu können, sollte die Bevölkerung eine eigene Infrastruktur aufbauen, um sich von den Institutionen der Besatzung abzukoppeln (Craissati 1997: 127). Besonders

erfolgreich war die Fatah-Jugendorganisation Schabibah, die sich mit Aktivitäten wie der Organisation der Müllabfuhr, der Veranstaltung von Sportfesten, der Reparatur von Moscheen oder der Verbesserung des Abwassersystems Verdienste erwarb. Im Gegenzug übte sie auch soziale Kontrolle aus und bekämpfte in Flüchtlingslagern Drogenhandel, Prostitution und Kleinkriminalität mit der Begründung, asoziales Verhalten schwäche den Widerstandswillen der Bevölkerung.

### 2.4.3 Die erste Intifada

Als Folge der politischen Mobilisierung bildete sich in den besetzten Gebieten ein Netzwerk lokaler Organisationen, die dem Widerstand eine umfassende Infrastruktur gaben – neben der Schabibah Gewerkschaften, Berufsverbände, medizinische Hilfskomitees, Frauenkomitees, Studentenvereinigungen etc., die für Demonstrationen und Streiks mobilisierten. Israel sah dieser Entwicklung nicht tatenlos zu und ergriff Maßnahmen wie die Ablösung der aktivsten Bürgermeister der größten palästinensischen Städte durch israelische Offiziere, die Verhaftung und Deportation von politischen Führungspersonlichkeiten und Aktivisten, Ausgangssperren, Sprengung von Häusern, vereinzelt auch Schusswaffengebrauch gegen Demonstranten. Die Spannungen wurden durch die Beschlagnahmung palästinensischen Landes für den israelischen Siedlungsbau und Drohungen israelischer Politiker, die arabische Bevölkerung zu vertreiben, weiter angeheizt. Sie entluden sich im Dezem-

ber 1987 in einer mehrjährigen Rebellion gegen die Besatzung, die bis September 1993 anhielt und in die Geschichte des Nahen Ostens als „Intifada“ (= Abschütteln) einging.

Der Aufstand stützte sich auf alle gesellschaftlichen Schichten. Er bot Frauen die Möglichkeit, ihre in den Jahren zuvor insbesondere im Gesundheits- und Bildungsbereich aufgebauten Kapazitäten einzubringen (Sharoni 1995: 70 f.). Eine Kampagne zivilen Ungehorsams, die der Besatzung eigene soziale, politische und ökonomische Strukturen entgegensetzte, sollte zur Etablierung eines unabhängigen palästinensischen Staates führen (Baumgarten 1991: 300). Um den Aufstand zu brechen, schloss die israelische Armee die Schulen und Universitäten. Als Antwort entstand ein alternatives Erziehungssystem. Überall im Lande bildeten sich Intifada-Komitees, um den Staatsaufbau aus der Rebellion heraus zu organisieren.

In der Intifada entstand der säkular orientierten PLO bzw. der Fatah mit der „Islamischen Widerstandsbewegung“ (abgekürzt: Hamas) eine national-religiöse Konkurrenz. Hamas propagierte einen islamischen Staat in ganz Palästina, schuf in den besetzten Gebieten ein Netz von sozialen Einrichtungen und baute eine von Israel gefürchtete Untergrundmiliz, die Qassam-Brigaden, auf. Ihre ideologische Basis fand Hamas in den Moscheen und in der Islamischen Universität von Gaza.

Um den zivilen Ungehorsam zu brechen, verbot Israel die Komitees der Intifada und stellte jede Mitarbeit in ihnen unter Strafe. Das war der Anfang vom Ende der Intifada als ziviler Widerstand. Gegen demonstrierende

Männer und Frauen und gegen Steine werfende Kinder und Jugendliche setzte das Militär Tränengas, Schlagstöcke und Schusswaffen ein. Die Zusammenstöße forderten vor allem unter den Palästinensern viele Tote und Verletzte; nach Statistiken der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem fanden 1162 Palästinenser und 160 Israelis in dem Aufstand den Tod (B'Tselem 2016d). Die Brutalität der Auseinandersetzungen, ihre wirtschaftlichen Kosten für Israel und die zunehmende Kritik des Auslands und internationaler Organisationen an den repressiven Maßnahmen Israels spalteten die Bevölkerung und die Parteien Israels in Befürworter und Gegner der Besatzungspolitik. Auf diese Weise und ohne dass dies ursprünglich beabsichtigt war, wurde die Intifada zu einem der Wegbereiter des Friedensprozesses.



<http://www.springer.com/978-3-658-16087-6>

Der Nahost-Konflikt

Eine Einführung

Johannsen, M.

2017, VIII, 249 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-16087-6